

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d

Inhalt

Alwin Brück MdB: Die Freiheitssehnsucht der Chilenen ist gewachsen.

Seite 1

Horst Ehmke MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, sieht in der Entspannungspolitik auch künftig die einzige Chance für Europa.

Seite 3

Hans Büchler MdB, Obmann der Arbeitsgruppe für Innerdeutsche Beziehungen der SPD-Bundestagsfraktion, lädt die CDU/CSU zur Zusammenarbeit in der Deutschlandpolitik ein.

Seite 4

Anke Martiny MdB fordert die Bundesregierung auf, endlich den Anteil von Schwermetallen in Lebensmitteln einzuschränken.

Seite 5

Horst Grunenberg MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Meerespolitik der SPD-Bundestagsfraktion, erinnert Graf Lambsdorff an sein marktwirtschaftliches Credo.

Seite 6

38. Jahrgang / 173

9. September 1983

Die Diktatur in Chile wankt

Pinochets Gegner bedürfen unserer Solidarität

Von Alwin Brück MdB

Stellvertretender Obmann im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Das Bild hat sich mir tief eingepreßt: Panzer an den Straßenkreuzungen und vor den Regierungsgebäuden. Überall Soldaten mit schußfertigem Gewehr. Santiago drei Wochen nach dem Militärputsch, mit dem am 11. September 1973 die chilenische Demokratie liquidiert und bei dem der demokratisch gewählte Präsident Salvador Allende Gossens ermordet worden war.

Hans-Jürgen Wischniewski und ich, die wir nach Hilferufen aus Chile im Auftrag der SPD nach Santiago gefahren waren, werden auch nie die Menschen vergessen, die zu Tausenden unter den Rängen des Fußballstadions wie Tiere eingekerkert waren. Zum ersten Mal in meinem Leben hatte ich die Folgen eines Putsches mit eigenen Augen gesehen, war ich nicht nur auf die Bilder im Fernsehen und auf die Berichte in Zeitungen angewiesen.

Über den Putsch wurde damals viel diskutiert, in Chile selbst und bei uns in Europa. Und dieser Putsch wurde damals ja nicht nur verurteilt, sondern er hatte auch viele Befürworter, in Chile und bei uns. Die Diskussionen wurden mit großer Leidenschaft geführt.

Heute werden diese Diskussionen nicht mehr geführt. Ich schreibe das nicht, um alte Wunden aufzureißen, sondern, weil ich es für gut finde, daß es heute zumindest Übereinstimmung aller Demokraten darüber gibt, daß dieser Putsch für das chilenische Volk erschreckende Ergebnisse gebracht hat. Auch das gilt für Chile und für uns.

Für Tausende chilenischer Demokraten brachte dieser Putsch Verfolgung, Gefangennahme, Folterung und Tod, für Tausende brachte er den Verlust ihrer Heimat. Manche von ihnen fan-



den bei uns in Deutschland eine neue Heimat. Dabei war die Diskussion damals bei uns um die Aufnahme chilenischer Flüchtlinge manchmal beschämend.

Unterdrückt wurden nach dem Putsch auch die, die ihn zuerst begrüßt hatten, weil sie der Unidad Popular unterstellt hatten, sie wolle ihrerseits die chilenische Demokratie beseitigen. Und schließlich litt das ganze chilenische Volk unter der monetaristischen Wirtschaftspolitik. Zwar gab es in den ersten Jahren eine Scheinblüte. Dem Mittelstand ging es im Gegensatz zu den Arbeitern noch ganz gut. Aber das ist heute vorbei. Kenner des Landes berichten heute davon, daß die Verelendung des chilenischen Volkes bis tief in die Mittelschichten gehe und deshalb heute nur noch ein geringer Teil der Chilenen hinter Pinochet und seinem Regime stehe. Die Unzufriedenheit hat auch im chilenischen Militär Platz gegriffen, wenn auch Pinochet vor allem das Heer wohl fest im Griff hat.

Gegen das Regime Pinochets richten sich heute auch die politischen Kräfte in Chile, die den Putsch einst begrüßt haben, bis in die traditionelle chilenische Rechte hinein. Die demokratischen Kräfte Chiles unterschiedlicher Richtung haben sich in der "Demokratischen Allianz" zusammengeschlossen. Dabei ist es gut, daß die große Mehrheit der Opposition ihre Ziele ohne Gewalt verfolgen will. In Chile ist genug Blut beim Putsch und in den Jahren danach geflossen. Es wäre gut, wenn bei der Rückkehr zur Demokratie kein Blut fließen müßte.

Die Diktatur in Chile wankt, aber niemand kann sagen, wann Pinochet aufgeben wird, ob er aufgeben wird. Verfrühter Optimismus wäre falsch, so falsch wie einst die doch von manchem gehegte Hoffnung, daß die Militärdiktatur nur kurze Zeit dauern werde. Aber mittlerweile sind zehn Jahre seit diesem tragischen 11. September vergangen, an dessen Möglichkeit übrigens in den Monaten vorher angesichts der Tradition der chilenischen Armee viele im Traum nicht dachten. Zehn Jahre sind eine lange Zeit. Man muß zum Vergleich an die zwölf Jahre Nazidiktatur in Deutschland denken.

Trotzdem: Die Hoffnung auf ein Ende der Unterdrückung in Chile wächst. In diesen zehn Jahren konnte trotz brutaler Unterdrückung die Freiheitssehnsucht der Chilenen nicht unterdrückt werden. Im Gegenteil, sie ist noch gewachsen. Die letzten Monate - zuletzt die Demonstration am gestrigen Donnerstag - haben das deutlich gemacht. Der Widerstand im Lande wächst. Junge Menschen, die beim Putsch noch Kinder waren, tragen diesen Widerstand, zusammen mit denen, die einst das demokratische Chile in allen seinen politischen Richtungen gestalteten.

Sie bedürfen jetzt unserer Solidarität. Dem Regime Pinochet muß deutlich gemacht werden, daß es in der freien Welt keine Befürworter mehr hat, daß es isoliert ist und daß es nicht mit Unterstützung bei der Lösung seiner wirtschaftlichen Probleme rechnen darf. Auf der anderen Seite sollten wir den chilenischen Demokraten unsere Solidarität schon jetzt zusichern. Der Deutsche Bundestag hat dazu Gelegenheit, wenn er die von der SPD-Fraktion dazu eingebrachte Resolution diskutiert. (-/9.9.1983/ks/hgs)

+ + +



Madrid läßt hoffen

Entspannungspolitik bleibt auch künftig unsere einzige Chance

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Das KSZE-Folgetreffen in Madrid wird jetzt, nach dreijährigem zähen Ringen, mit der Unterzeichnung einer Schlußakte abgeschlossen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion begrüßt den erfolgreichen Abschluß der Konferenz und sieht in ihm die Bestätigung, daß die Zusammenarbeit zwischen West und Ost möglich ist, wenn sich alle Seiten mit Ernsthaftigkeit und ohne selbstgesetzten Zeitdruck um sie bemühen.

Der Abschluß von Madrid ist ein Erfolg in dem Bemühen, Spannungen zwischen den beiden Blöcken weiter abzubauen. Damit wird fortgesetzt, was unter entscheidender Mitwirkung der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung auf der ersten großen KSZE-Konferenz in Helsinki eingeleitet worden ist. Die Fortsetzung und Erweiterung der Zusammenarbeit und die Verstärkung vertrauensbildender Maßnahmen ist heute wichtiger denn je.

Wir Sozialdemokraten werden diesen Prozeß auch in Zukunft mit allen uns zu Gebote stehenden Möglichkeiten fördern und werden der Bundesregierung dort, wo sie diese Entwicklung mitträgt, unsere Unterstützung nicht versagen.

In Madrid sind substantielle Verbesserungen erreicht worden. Der Sowjetunion konnten weitere Zugeständnisse abgerungen werden. Die Skeptiker wurden damit widerlegt. Jetzt kommt es darauf an, der für nächstes Jahr geplanten Europäischen Abrüstungskonferenz zum Erfolg zu verhelfen. Unser Ziel muß es darüber hinaus sein, die Verständigungsbereitschaft von Madrid auch auf andere Ost-West-Verhandlungen auszuweiten.

Durch den unentschuldbaren Abschluß der südkoreanischen Verkehrsmaschine durch die Sowjetunion ist auch auf Madrid ein langer Schatten gefallen. Unsere Bereitschaft zur Verständigung und Zusammenarbeit darf uns nicht daran hindern, von der Sowjetunion eine genaue Aufklärung der Vorgänge, eine Entschädigung der Opfer und Konsequenzen für die für das tragische Geschehen Verantwortlichen zu fordern. Der schlimme Vorfall macht jedoch zugleich deutlich, auf welchem schmalen Grat der Sicherheit sich die Welt bewegt. Vorfälle dieser oder ähnlicher Art mit möglicherweise noch verheerenderen Folgen dürfen sich nicht wiederholen. Sie lassen sich nur durch Kooperation und nicht durch Konfrontation verhindern. Deshalb bleibt die Entspannungspolitik auch künftig unsere einzige Chance.

Die Unionsparteien haben 1972 die Ergebnisse von Helsinki als einzige Partei Europas abgelehnt. Madrid läßt hoffen, daß auch in der ganzen Union ein Umdenkungsprozeß eingesetzt hat.

(-/9.9.1983/ks/hgs)

+ + +



Für Zusammenarbeit in der Deutschlandpolitik

Die SPD wird drängende Kraft in der Deutschlandpolitik bleiben

Von Hans BÜchler MdB

Obmann der Arbeitsgruppe für Innerdeutsche Beziehungen der SPD-Bundestagsfraktion

Die Deutschlandpolitik ist in den vergangenen Wochen und Monaten mit zu einem beherrschenden Thema geworden. Dies hat wohl zwei Gründe:

1. Die sicherheitspolitische Diskussion um die mögliche Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland hat die Sorge erhöht, daß alle bisherigen Ergebnisse sozialliberaler Deutschlandpolitik, wenn nicht in Frage gestellt, so doch gefährdet sind.
2. In der CDU/CSU hat ein Umdenkungsprozeß in der Deutschlandpolitik eingesetzt. Der Strauß'sche Milliardenkredit hat dies deutlich gemacht, zugleich allerdings in den Reihen der CDU/CSU zu entsprechender Verwirrung geführt.

Die CDU/CSU ist in der Vergangenheit Bremser in der Deutschlandpolitik gewesen. Impulse sind in erster Linie von der SPD ausgegangen. Das zeigt sich auch heute. Dr. Jürgen Schmude hat mit seinen Thesen die Perspektive für die zukünftige Deutschlandpolitik aufgezeigt. Die Gespräche, die Dr. Hans-Jochen Vogel, Helmut Schmidt, Egon Bahr und die Arbeitsgruppe für Innerdeutsche Beziehungen in der DDR geführt haben, haben dazu beigetragen, den Innerdeutschen Dialog im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten auch nach dem Regierungswechsel aufrechtzuerhalten. Der Vorstoß der SPD in Richtung auf Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der DDR zählt ebenso dazu, wie der Vorschlag, ein Gesprächsforum zur Deutschlandpolitik zu gründen, das von beiden deutschen Staaten getragen wird.

Wir haben Verständnis dafür, daß es der CDU/CSU noch schwerfällt, ihr Verhältnis zum anderen deutschen Staat zu verändern. Wer die sozialliberale Deutschlandpolitik 13 Jahre lang bekämpft hat, braucht Zeit, um den richtigen Weg zu finden.

Wer die Diskussion zur Frage der Volkskammer-Kontakte in der CDU/CSU verfolgt, der wird feststellen, wie zaghaft sich die CDU/CSU bewegt. Aber immerhin, sie bewegt sich!

Wir sind davon überzeugt, daß unser Weg in der Deutschlandpolitik der richtige ist. Diese Politik hat zu vielfältigen Erleichterungen für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands geführt. Das soll so bleiben.

Die Bundesregierung hat kein klares Konzept. Sie konnte sich angesichts der Diskussion und Streitereien in den eigenen Reihen wohl auch noch keines schaffen.

Wenn die Bundesregierung und wenn die CDU/CSU Erfolge in der Deutschlandpolitik erzielen wollen, dann wird ihr nichts weiter übrigbleiben, als sich auf die von der SPD vorgezeichnete Linie zu begeben. Wir sind nicht für faule Kompromisse. Die SPD wird immer die drängende Kraft in der Deutschlandpolitik bleiben; nicht nur im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten, sondern auch im Interesse der Friedenssicherung.

Die SPD-Bundestagsfraktion würde ein gemeinsames Vorgehen in der Deutschlandpolitik begrüßen. Dies setzt aber voraus, daß sich die CDU/CSU noch etwas mehr bewegt.

(-/9.9.1983/ks/hgs)

+ + +



Gift für die Gesundheit
-----**Verbraucher- und Umweltorganisationen warnen vor Cadmium in Lebensmitteln**

Von Dr. Anke Martiny MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

In einer großangelegten Kampagne der Verbraucherzentralen der Länder, der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) und des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) sollen Deutschlands Verbraucher darüber aufgeklärt werden, welche Möglichkeiten sie zum Selbstschutz und zur aktiven Teilnahme am Umweltschutz, dargestellt am Beispiel Cadmium, haben. Cadmium ist neben Blei und Quecksilber eine wachsende Gefahr für die Gesundheit der Verbraucher, und jeder sollte in seinem Verantwortungsbereich wirksame Maßnahmen zur Gefahrenabwehr treffen.

Zwar ist zur Panikmache kein Anlaß, aber der Verzehr von Innereien und Wildpilzen und von Obst und Gemüse, das in der Nähe stark befahrener Straßen gewachsen ist, sollte nicht übertrieben werden. Außerdem sollte der Verbraucher auch wissen, daß Kunststoff- und Keramikprodukte in den Farben gelb, orange, rot und auch manches Spielzeug in diesen Farben häufig Cadmium enthält, das spätestens über die Müllverbrennung und die Cadmiumbelastung der Luft wieder im Boden landet und durch die Nahrungskette den Menschen zugeführt wird.

Das eben ist das große Problem: Das überall in der Umwelt vorkommende Schwermetall Cadmium reichert sich in der Nahrungskette an. Die Belastung der Menschen mit dem giftigen Schwermetall hat bereits 70 bis 80 Prozent der "tolerierbaren Aufnahme" erreicht. Diese Aufnahme erfolgt im wesentlichen über Lebensmittel und Zigarettenrauch. In die Lebensmittel gelangt das Cadmium aus dem Boden, und dort wiederum lagert es sich durch herabgeregnete Luftverschmutzung, Phosphatdünger und Klärschlamm an.

Auch wenn man die akuten Gesundheitsgefahren nicht genauer kennt, so sind die Verdachtsmomente doch wenig erfreulich: Schädigungen der Nierenfunktionen und des Herz-Kreislauf-Systems, krebserzeugende Wirkungen, Veränderungen des Erbgutes, mögliche Mißbildungen bei Nachkommen. Dies alles rechtfertigt, alles Erdenkliche zu tun, um die Cadmiumbelastung der Lebensmittel zu verringern. Aber dazu wäre vor allem eine drastische Beschränkung der Verwendung von Cadmium in der Produktion erforderlich.

Fortschrittliche Unternehmen sind auch an diesem Punkt fortschrittlich, beispielsweise das Migros-Unternehmen in der Schweiz, das sich freiwillig verpflichtet hat, Plastikprodukte mit cadmiumhaltiger gelber Farbe nicht länger anzubieten. Ob auch in Deutschland die Industrie zu solchem Wohlverhalten auf freiwilliger Basis bereit wäre? Im Grunde müßte es doch ein gutes Werbeargument sein, Industrieprodukte zu kennzeichnen, in denen kein Cadmium enthalten ist.

Die frühere Bundesregierung hatte beabsichtigt und vorbereitet, daß für Schwermetalle und Tierarzneimittel endlich Höchstmengen festgelegt werden sollten. Bisher ist es leider nicht geschehen. Deshalb habe ich die angeblich so umweltfreundliche neue Bundesregierung gefragt, wann sie die vorbereitete Schadstoff-Verordnung (Umweltkontaminanten-Verordnung war der alte Titel), mit der Höchstmengen von Schwermetallen in Lebensmitteln festgelegt werden sollen, vorlegen wird. Da schon Vorarbeiten geleistet waren, könnte es doch nicht mehr so lange dauern, bis diese Verordnung endlich vorliegt. Vielleicht hilft die Kampagne der Verbraucherorganisationen dem nebenberuflichen Gesundheitsminister, der hauptberuflich CDU-Generalsekretär ist, ein bißchen auf die Sprünge.

(-/9.9.1983/ks/hgs)

+ + +



Lambdorff vergißt die Marktwirtschaft

Bei Stahl, Kohle und Schiffbau hat die Bundesregierung kläglich versagt

Von Horst Grunenberg MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Meerespolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambdorff ist offensichtlich von den Turbulenzen des Bremer Wahlkampfes erfaßt worden. Wie anders ist zu erklären, daß der Gals-
hüter der Marktwirtschaft bei der Bewältigung der Bremer Werftenkrise ständig
den Staat - hier Senat - auffordert, Vorschläge vorzulegen. Dies steht in ein-
deutigen Widerspruch zu seinem marktwirtschaftlichen Credo und seinem Verhalten
im Stahlbereich. Dort galt seine Aufforderung stets den betroffenen Stahlunter-
nehmen. Seine geänderte Haltung ist offensichtlich nur vor dem Hintergrund der
bevorstehenden Bremer Bürgerschaftswahl zu sehen, ebenso wie die unverständli-
chen Auslassungen des Bremer FDP-Landesvorsitzenden Lahmann zur Situation der
Werften.

Graf Lambdorff schiebt die Verantwortung auf andere ab, wo er selbst gefordert
wäre. Es führt kein Weg an der Feststellung vorbei: Die Bundesregierung hat
bisher bei der Bekämpfung der Krisen in den drei Problembranchen Stahl, Kohle,
Schiffbau kläglich versagt. (-/9.9.1983/ks/hgs)

+ + +

